

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Verleger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Stettiner Zeitung.
Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 8.
Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. J. Dabbe, Invalidentank. Berlin Bernh. Arnst, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thieme, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Borch & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Der preussische Staatshaushaltsetz
pro 1893-94.

Der Etat der Justizverwaltung weist eine
Einnahme von 57 780 000 Mark (mehr 2 315 500)
auf. Die Gerichtskosten sind mit einem Mehr
von 1,7 Millionen zur Einstellung gelangt. Die
sonstigen Ausgaben betragen sich auf 54 081 000
Mark (mehr 3 060 500). Von dem Mehr ent-
fallen 2 249 991 Mark auf die Land- und Amts-
gerichte. Es sollen neu errichtet werden die
Stellen für 11 Landgerichtsdirektoren und zwar
7 bei dem Landgericht I. in Berlin, je 1 bei
dem Landgericht II. daselbst und den Landgerichten
in Eberfeld, Halle a. S. und Magdeburg,
für 66 Landrichter und Amtsrichter und zwar
31 Amtsrichter (20 in Berlin I., 3 in Magdeburg,
je 2 in Berlin II. und Eberfeld, je 1 in Frankfurt
a. M., Altona, Kiel und Halle a. S., 35
Amtsrichter (14 in Berlin I., 3 in Berlin II.,
je 1 in Charlottenburg, Dortmund, Königsberg
i. Pr., Halle a. S. und Posen, außerdem 13 im
Bezirk Köln), für 7 Staatsanwälte, und zwar
4 beim Landgericht I. in Berlin, je 1 beim Land-
gericht II. daselbst und den Landgerichten in Halle
a. S. und Magdeburg. Sodann sollen neu an-
gestellt werden 196 Gerichtsschreiber und Sekretäre,
sowie 587 Gerichtsschreibergehilfen und Affidanten,
87 Kanzlisten und 118 ständige Hilfsarbeiter im
Kanzleibüro und Kanzleigehilfen. Als Mehr-
betrag der Gehältern der Gerichtsvollzieher für
die Ausrichtung von Parteianträgen sind 464 000
Mark in Ansatz gebracht. — Für das Kammer-
gericht wird die Stelle für einen neuen Senats-
Präsidenten gefordert. — Die einmaligen Aus-
gaben betragen sich auf 3 398 400 Mark (weniger
525 000). An Neubauten werden verlangt: Amts-
gerichtsgebäude in Bischofsberg, Arbeits-
rathen für das Strafsgefängnis bei Berlin, Amts-
gerichtsgefängnisse in Oberlogau, Tarnowitz,
Reine und Großliebenitz, sowie Geschäftsgebäude
für Landgericht und Amtsgericht zu Wiesbaden.

Der Etat des Ministeriums des Innern be-
läuft sich in Einnahme auf 11 019 068 Mark
(mehr 6 972 499). Das außerordentliche große
Mehr erklärt sich durch den neu aufgenommenen
Posten an Beiträgen der für die Verarbeitung
der Viehzählung vom 1. Dezember 1892 und
für Aufstellung eines neuen Viehstands-Verzeich-
nisses auszuweisen; 25 340 Mark zur Befreiung
der Kosten für Verarbeitung und Veröffentlichung
der Ergebnisse der in der Zeit vom 1. Juli bis
1. Oktober 1893 vorzunehmenden statistischen Er-
mittelungen über die landwirtschaftliche Boden-
benutzung im Jahre 1893. 150 000 Mark stellen
die 1. Rate zur Errichtung eines Dienstgebäudes
für das Korpsskommando und die Detonations-
Kommission der Landgendarmarie in Berlin an.

Der Etat der landwirtschaftlichen Verwal-
tung schließt in Einnahmen mit 1 408 904 (weniger
63 531) ab. Die dauernden Ausgaben be-
trugen auf 12 281 752 Mark (mehr 735 910).
Zur Befreiung der Schwierigkeiten und Wei-
terungen, welche durch die getrennte Ausübung
der Fonds der Zentralverwaltung der Domänen
und Forsten und derjenigen des Landwirtschafts-
ministeriums im Etat veranschlagt worden, sowie
zur Hebung der vielfachen Zweifel, zu welchen die
Handhabung der zwischen der Viehzahl der beidersei-
tigen Fonds bestehenden Uebereinstimmung Anlaß
gegeben hat, wird beabsichtigt, die Fonds der Zentral-
verwaltung der Domänen und Forsten mit denen der
landwirtschaftlichen Verwaltung genau vereinigen.
Sonnfänglich deswegen hat sich die Ausgabe für
das Ministerium um nahezu eine halbe Million
erhöht. Bei den General-Kommissionen ist wegen
des durch das Rentengesetzes hervorgerufenen
Zuwachses der Geschäfte die Neuanschaffung von
3 Räthen, 16 Büroassistenten, 42 Sekretären,
9 Kanzlisten, 60 Vermessungsbeamten und 31
Zeichneren vorgesehen. — Zur Aufseherung der
Gebäude der Forsten an den Landwirtschaftsschulen
sind 45 000 Mark ausgeworfen. — Zur Weiter-
führung der Reorganisation der Landesmeliora-
tion werden neue Stellen für 3 Meliorations-
Bauinspektoren und 2 Viehwärtermeister verlangt.
— Die einmaligen Ausgaben betragen sich auf
1 203 600 Mark (mehr 60 355). Die Fonds zur
Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den
östlichen Provinzen ist auf die doppelte Höhe, auf
300 000 Mark gebracht. Neu werden verlangt u. a.
180 000 Mark zur Erweiterung des Dienstgebäudes
des der General-Kommission in Kassel, ca. 30 000
Mark zur Entsendung von Kommissarien zum
Beichte der Chicagoer Weltausstellung.

Im Etat der Geflügelverwaltung ist die Ein-
nahme auf 2 246 830 Mark (mehr 64 770), die
dauernden Ausgaben auf 4 610 790 Mark (mehr
100 600), die einmalige auf 254 400 Mark
(mehr 23 420) festgesetzt.

Der Etat des Kultusministeriums bezieht
die Einnahmen auf 2 817 661 Mark (mehr
23 584), die dauernden Ausgaben auf 103 883 125
Mark (mehr 2 437 741), die einmalige auf
3 283 081 Mark (weniger 91 151). — Unter den
dauernden Ausgaben sind Zuschüsse für ver-
schiedene evangelische Kirchengemeinden zur Unter-
haltung ihrer Pfarrsysteme in den Regierungs-
bezirken Marienwerder und Posen im Betrage von
12 000 Mark mehr eingeplant. Bei den
Universitäten sind folgende Anordnungen vorge-
sehen: Es sollen errichtet werden eine ordent-
liche Erziehungsinstitut in der philosophischen Fakultät
und eine außerordentliche für Psychiatrie in
Königsberg, eine ordentliche Erziehungsinstitut in der
philosophischen Fakultät zu Berlin, je ein Erzie-
hungsinstitut in der katholisch-theologischen und in
philosophischen Fakultät in Breslau, desgleichen
in der medizinischen Fakultät in Halle, in der philosophi-
schen in Kiel und Göttingen, für klassische
Philologie in Würzburg, für die Theologie in
Münster. In Greifswald soll ein Extraordinariat
in der medizinischen Fakultät in ein Ordinariat
umgewandelt werden. — Für die höheren Lehr-
anstalten sind 329 300 Mark mehr ausgeworfen,
für das Elementar-Unterrichtswesen 987 956
Mark mehr. Es sollen in Interesse einer wirksameren
Schulaufsicht die Theilung einiger zu umfang-
reichen Aufgabengebieten und die Umgestaltung
einiger bisher nebeneinander verwalteten Bezirke
in hauptamtliche vorgenommen werden. Die
Bevollmächtigten und Vergütungen für Kreis-
inspektoren sind demnach beträchtlich erhöht worden.
Der Posten für allgemeine Erleichterung über
Wohlfühlung ist auf 27,3 Millionen und 500 000
Mark erhöht worden, desgleichen der Posten für
Beihilfen von Schuldverändern wegen Unvermö-
gens, für das Stellenentkommen der Lehrer und

Lehrerinnen um 60 147 Mark, der für Volks-
schullehrerrenten um 120 000 Mark und um
ebenfalls der für die Zuschüsse für Elementar-
lehrer, Wittwen und Weisen. Der Fonds
zum Neubau und zur Herstellung der Kirche ist
um 159 000 Mark erhöht, der für Beihilfen zur
theilweisen Ablösung der Stolgebühren bei den
evangelischen Landeskirchen um 750 000 Mark.
— Unter den einmaligen Ausgaben sind 300 000
Mark neu ausgeworfen, um der Förderung des
deutschen Volksschulwesens in den Provinzen
Westpreußen und Posen, sowie im Regierungs-
bezirk Pommern weiteren Fortgang zu geben, und den
Bau von Elementarschulen zu unterstützen.

Der Etat des Kriegsministeriums weist eine
dauernde Ausgabe von 128 082 Mark und eine
einmalige von 7 900 Mark auf.

Deutschland.

Berlin, 16. Januar. Der Kultusmi-
nister hat sich in einem förmlichen Regierung-
sbescheid für den Fall der sogenannten Abschlussklassen
ausgesprochen. Es ist allerdings, so wird in dem
Erlass ausgeführt, nicht zu bezweifeln, daß manche
Kritiker, sei es in Folge von sträflicher, mangel-
hafter Aufsicht, geringer Begabung, oder aus sonst-
igen Gründen, auch bei größter Sorgfalt seitens
ihrer Lehrer innerhalb des schulpflichtigen Alters
nicht bis in die obere Klasse mehrklassiger Schu-
len gebracht werden können und daß die Zahl
solcher Kinder um so größer ist, je mehr unter-
anderfolgende Klassen bei der Schule vorhanden
sind. Gleichwohl führt die fortschreitende Ent-
wicklung des Schulwesens immer mehr zur
Gründung vielklassiger Schulen, und die Schul-
verwaltung läßt sich nicht als sechs- bis sieben-
klassige Schulen zu. Es ist daher zwar notwendig,
daß auf das Bildungsbedürfnis der hinter den
normal fortschreitenden Kindern zurückbleibenden
Klassen Rücksicht genommen wird, daß hierzu aber die
in verschiedenen Orten eingerichteten Abschlussklassen
das geeignete Mittel wären, kann nicht anerkannt
werden. In der Einrichtung solcher Klassen liegt
vielmehr eine doppelte Gefahr für die Schule.
Zunächst wird die Lehr- und Lernarbeit durch
dieselbe gestört. Nicht nur erhalten die Kinder,
welche der Abschlussklasse zugeführt werden, einen
unvollständigen oder lückenhaften Unterricht,
weshalb sie leicht in ein mechanisches Gedächtnis-
werk ausartet, sondern es lassen sich auch die
Lehrer der Unter- und Mittelstufe, wo die Kinder
noch ungenügend unterrichtet werden, leicht ver-
leiten, wenn auch nicht die zurückbleibenden Kin-
der zu vernachlässigen, so doch mit den begabteren
Kindern die Ziele zu überpassen, weil sie sich
durch die schwächeren nicht aufhalten zu lassen
brauchen. Schwerer noch fallen erzieherische Be-
denken in das Gewicht. Die Schüler, welche den
Abschlussklassen überwiesen werden, sind nur zum
kleinsten Theile wegen Unfalls zurückgeblieben.
Die Mehrzahl derselben ist durch Krankheit oder
durch ihre häuslichen Verhältnisse ohne ihre Schuld
zurückgehalten worden; es befinden sich unter ihnen
Kinder, welche durch die Treue, mit welcher sie
den Eltern beim Broderwerb helfen, anderen
Kindern zum Muster dienen könnten. Gleichwohl
werden sie durch die Ueberweisung an die Ab-
schlussklassen aus der Gemeinschaft ihrer Mit-
schüler, mit welchen sie Jahre lang vereinigt
waren, herausgerissen und gelten in deren Augen,
und in Folge davon bald in den eigenen, als
Schüler zweiter Ordnung. Diese Empfindung
wirkt entnervend, nicht selten sogar verbitternd
auf sie, und so erklärt es sich, daß sie auch in
ihrem Betragen nachlassen und daß, wie die Er-
fahrung lehrt, die Führung der Kinder in den
Abschlussklassen vielfach zu Tadel Anlaß giebt.
Auch hat sich gezeigt, daß die derartigen Ab-
schlussklassen zugewiesenen Kinder hierdurch in ihrem
späteren Fortkommen gehindert werden, insofern
Lehrer und die anderen Kindern den Vorzug
geben. Nach verschiedenen Richtungen hin schä-
dlichen von sozialer Bedeutung gefährdet zu wer-
den. Zu dem vorliegenden Zwecke bedarf es aber
einer besonderen, außerhalb der normalen Schule
stehenden Einrichtung überhaupt nicht. Die für
die Entwicklung und die Lehrpläne der Volks-
schulen geltenden allgemeinen Bestimmungen vom
15. Oktober 1872 gestatten nicht nur, sondern er-
fordern, daß bei Schulen, die mit mehr als einer
Klasse für die Oberstufe versehen sind, der
Lehrstoff so festgesetzt werde, daß jede fol-
gende Klasse die Lehrgegenstände der vorher-
gehenden lediglich zu erweitern und zu vertiefen
hat. Eine notwendige Ergänzung des Lehrstoffes
darf niemals einer folgenden Klasse der Oberstufe
vorbehalten bleiben. Ein Blick auf das der
Mittelschule vorgeschriebene Lehrziel läßt erkennen,
daß das Kind schon auf dieser Stufe in den not-
wendigsten Kenntnissen und Fertigkeiten einen Ge-
winn für das Leben brauchbaren Abschluss
erreichen soll. Diefem Grundsatze entspricht es
nicht, wenn die Kinder nicht einem angemessenen
Abschluss in ihren Kenntnissen bei jeder der
auf die Mittelschule nach folgenden Klassen erhalten
sollten.

Der Bundesrath ertheilt in der am 12.
d. M. unter dem Vorhitz des königlich holländischen
Gesandten Grafen von Lerchenfeld-Köring abge-
haltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Ge-
setzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Ge-
werbesteuer-Einschätzung, mit den von den Aus-
schüssen für Zoll- und Steuerwesen und für
Elsaß-Lothringen beantragten Abänderungen die
Zustimmung. Von den vorgelegten Nachweisungen
über die Rechnungsergebnisse der See-Vereins-
genossenschaft und über die Geschäfts- und Rech-
nungsergebnisse der Invaliditäts- und Alters-
versicherungs-Anstalten für das Jahr 1891 nahm
die Versammlung Kenntnis, erklärte sich mit der
bereits erfolgten Ueberweisung des Gesetzentwurfs
wegen Feststellung des Landeshaushalts-Etats für
Elsaß-Lothringen für 1893/94 an die Ausschüsse
für Rechnungswesen und für Elsaß-Lothringen
einverstanden und beschloß, den Gesetzentwurf für
Elsaß-Lothringen über das Pfandrecht für die von
Boden-Kredit-Gesellschaften ausgegebenen Schul-
verschreibungen und den Entwurf eines Gesetzes
über die Abänderung der Maß- und Gewichts-
ordnung, ersteren den Ausschüssen für Justiz-
wesen und für Elsaß-Lothringen, letzteren dem
Ausschusse für Handel und Verkehr zur Ber-
atung zu übergeben. Endlich wurde über die
Seineer Majestät dem Kaiser wegen Wieder-
beziehung zweier Rathsitzen beim Reichsgericht
zu unterbreitenden Vorschläge, über mehrere Ein-

gaben, welche sich auf die Abänderung und Er-
gänzung des Invaliditäts- und Altersverfiche-
rungsgesetzes richten, sowie über eine Eingabe, be-
treffend die Einfuhr von amerikanischen Fleische,
Beschluß gefaßt.

Zwischen Preußen und Sachsen-Koburg-
Gotha ist ein Uebereinkommen getroffen, wonach
die in einem der beiden Staaten auf Grund der
in demselben geltenden Prüfungsordnung für
Lehrerinnen der französischen und englischen
Sprache ausgefertigten Befähigungszugnisse in dem
anderen als gültig anerkannt werden und deren
Inhaberinnen das Recht zum Unterricht in der
einen oder in beiden fremden Sprachen an
Mädchenschulen zuerkannt wird.

Als die Vorbereitungen für die Volks-
zählung des Jahres 1890 getroffen werden sollten,
war auch der Plan aufgetaucht, mit dieser
Volkszählung eine gewerbestatistische Erhebung
über die Berufszählung im Jahre 1882 zu
verbinden. Der Plan scheiterte damals an
Schwierigkeiten, welche von verschiedenen Seiten
im Bundesrath geltend gemacht wurden. Es ist
das zu bedauern, weil die Berufsverhältnisse in
dem Jahrzehnt, welches seit der Aufnahme der
letzten Berufszählung verlossen ist, sich ganz
gewaltig verändert haben. Namentlich ist der
Zuwachs zwischen ihm sehr großer Theil der
Bevölkerung zugeflossen. Hierbei giebt eine,
wenn auch nicht auf den Kopf genau, so doch
im Großen und Ganzen zureichende Uebersicht ein
Blick auf die Zahlen, welche in den Rechnungs-
ergebnissen der Berufsgenossenschaften über die
verrichteten Personen veröffentlicht werden. Unfalls-
verderberisch ist ja gerade das sogenannte
industrielle Gewerbe. Und wenn auch die Zahlen
der Rechnungsergebnisse über die Arbeiter nicht
die thatsächlich, sondern nur die durchschnittlich
beschäftigten Personen in den unfallversicherungs-
pflichtigen Betrieben angeben, so braucht für einen
Begriff hierauf ein allzu großes Gewicht nicht
gelegt zu werden. Nach diesen Rechnungs-
ergebnissen waren in dem unfallversicherungs-
pflichtigen Gewerbe im Jahre 1886: 3,4 Millionen
Arbeiter beschäftigt, 1891 aber 5,0 Millionen.

In der Zwischenzeit sind zwei Berufsgenossenschaft-
schaften neu in Thätigkeit getreten. Rechnet wir
deren Verzeichnisse mit 0,2 Millionen ab, so bleiben
für die 1886 bereits vorhandenen Genossenschaften
4,8 Millionen übrig. In der Zeit von 5 Jahren
hat sich demnach die Zahl der hauptsächlich in-
dustriellen Arbeiter um 1,4 Millionen oder
um 40 Prozent gehoben. Diese Thatsache wirkt
ein bedeutendes Licht auf die Bedeutung, welche
der Industrie in Deutschland zukommt. Was die
einzelnen größeren Industriezweige betrifft, so hat
die Zahl der in der Eisenindustrie beschäftigten
Arbeiter um mehr als 100 000 zugenommen. Um
ebensoviel die in der Textilindustrie. Die Berg-
arbeiterzahl hat sich um nahezu 80 000 ver-
mehrt. Bei der drittgrößten Industrie, der
Leberindustrie, erscheint die Zunahme um 10 000
Arbeiter in diesen Zahlen deshalb nicht so be-
deutend, weil ein großer Theil dieses Gewerbes-
zweiges nicht unter das Unfallversicherungsgesetz
fällt. Jedenfalls lassen alle diese Zahlen er-
kennen, daß in dem zweiten Jahrzehnt nach der
Veranlassung der letzten Berufszählung wieder
ein recht beträchtlicher Bruchtheil der Bevölkerung
seinen Lebensunterhalt von der Industrie zu ziehen
begonnen hat.

Potsdam, 14. Januar. (W. T. B.)
In der heutigen Stadtverordneten-Versammlung
gelangten folgende allerhöchste Dankschreiben zur
Verlesung:
„Herzlich erfreut durch die warmen Glück-
wünsche, welche Mir die Vertreter der Bürgerchaft
Meiner Residenzstadt Potsdam zur Jahreswende
genötigt haben, spreche Ich dem Magistrat und
den Stadtverordneten, gern Meinem besten Dank
aus. Ich hoffe, auch im neuen Jahre unter den
Segnungen des Friedens, die der Herrscherin
Potsdams und der lieblichen Havelseen erfreuen
zu können.

Berlin, den 4. Januar 1893.
Wilhelm R.
An den Magistrat und die Stadtverordneten zu
Potsdam.

Dem Magistrat und den Stadtverordneten
der Residenzstadt Potsdam sage Ich für den Mir
widerum bei dem Wechsel des Jahres drüber-
brachten Ausdruck treuer Wünsche und Ge-
winnung Meinem aufrichtigen Dank und spreche es
gern aus, daß Ich auch bei dieser Jahreswende
reiche Veranlassung habe, dankbaren Herzens auf
die dort verlebten Sommer und Herbstzeiten zu-
rückzublicken. Die Ufer des Heiligen Sees, an
denen die Wiege des Kronprinzen stand, wurden
widerum zur Geburtsstätte Unserer Tochter und
zu den alten Bänden theurer Erinnerungen traten
neue Beziehungen, auf die Ich nicht minder froh
bewegt und dankerfüllt zurückblicke. Daß Mir der
Ort, wo Ich für Gottes gnädige Führung so oft
zu danken Veranlassung hatte, besonders werth ist,
müchte Ich mit Meinen besten Wünschen für das
Wohlergehen der Stadt Potsdam hierdurch aus-
sprechen.

Auguste Viktoria,
Kaiserin und Königin.
Berlin, den 5. Januar 1893.
An den Magistrat und die Stadtverordneten der
Residenzstadt Potsdam.

Bei dem Eintritt in das neue Jahr haben
Mich der Magistrat und die Stadtverordneten
mit Glückwünschen für Mich und Meine Familie
beglückt und den Grüßen der Treue und Er-
gebenheit Ausdruck gegeben. Aufrichtig erfreut
durch dies erneute Zeichen abhängiger Gefüh-
nung gebe Ich Ihnen Meinen wärmsten Dank zu
erkennen. Möge das beginnende Jahr auch der
Stadt Potsdam Glück und Gedeihen bringen!

Viktoria,
Kaiserin und Königin.
Berlin, den 3. Januar 1893.
An den Magistrat und die Stadtverordneten zu
Potsdam.

Essen a. d. Ruhr, 15. Januar. (W. T.
B.) Der „Abeinisch-Westfälischen Zeitung“ zu-
folge wurde die heute hier abgehaltene Berg-
arbeiterversammlung, welche über die Fortsetzung
des Streiks beschließen sollte, bald nach Eröffnung
wegen Verhinderung obrigkeitlicher Anordnungen
polizeilich aufgelöst.

Essen a. d. Ruhr, 15. Januar. Auf
Zeche „Gustav“ wurden bei der gestrigen Früh-
schicht von der 600 Mann zählenden Belegschaft

190 am Streik Beteiligte, die anfahren wollten,
abgelegt. Auf Zeche „Carolus Magnus“ erhielten
von 700 Bergarbeitern 300 die Abfahr. Vall-
mann, der Führer des Hünner Reviers, wurde
gestern Nachmittag auf Grund des § 110 St.-
G.-B. verhaftet. — Neu ausfindig sind die
Zechen „Sieben Planeten“, „Freie Vogel“ und
„Anverhoff“. Auf den Zechen „Margaretha“,
„Hofstein“ und „Dahlhauser Tiefbau“ ist bis
heute Mittag eine bedeutende Abnahme des Aus-
standes bemerkbar. Es streifen im Ganzen noch
circa 15 500 Bergarbeiter. Auch auf „Zollern“
und „Germania“ erhielten viele Bergleute die
Abfahr.

Samburg, 14. Januar. (W. T. B.) Die
Delegirten-Versammlung der deutschen Seefahrer
sprach sich zum Zweck zu den meisten Bestim-
mungen der Verordnung vom 11. Juli 1883 aus,
und nahm einige neue Bestimmungen sowie die
Resolutionen der Stettiner Handelskammern be-
züglich Einführung in die Verordnung an. Ein
Antrag auf Herbeiführung eines internationalen
Abkommens wurde abgelehnt. Eine Redaktions-
kommission wird diese Beschlüsse behufs Ueber-
reichung an die Reichsregierung formuliren. Zum
Vorort im nächsten Jahre wurde Lübeck gewählt.

Samburg, 15. Januar. (W. T. B.) Bei
einer unter verdächtigen Symptomen erkrankten
Frau ist heute durch die bakteriologische Unter-
suchung Cholera festgestellt worden.

Schwerin i. Mecklenb., 14. Januar. (W.
T. B.) Wie die „Mecklenburger Nachrichten“
melden, hat der Justizminister Dr. v. Buchta
wegen vorgerückten Alters um seine Entlassung
gebeten und wird demnächst aus dem Staatsdienst
scheiden.

Signaringen, 15. Januar. (W. T. B.)
Der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern
sind heute nach Potsdam und die Gräfin
von Plandern und Prinz Albert heute nach Brüssel
zurückgekehrt.

Signaringen, 15. Januar. (W. T. B.)
Der Herzog und die Herzogin von Coburg sind
mit den Prinzessinnen Töchter nach Koburg ab-
gereist; Prinz Alfred von Coburg hat sich nach
München zurückbegeben.

Amberg, 15. Januar. (W. T. B.) Wie
die „Amberger Volkszeitung“ meldet, ist der
Reichstagsabgeordnete Hilpert heute Vormittag
gestorben.

Karlsruhe, 15. Januar. Der Stadtrath
von Karlsruhe richtete an das Ministerium des
Innern bezüglich der Ueberlegung der Hochwasser-
stände des Bodensees und des Rheins einen
Antrag, er möge im Einvernehmen mit den übrigen
Uferstaaten rechtzeitig Maßnahmen ergreifen, um
die am Unter- und Obersee Wohnenden vor den
durch die Rheinregulirung erhöhten Gefahren
außerordentlicher Hochwasserstände zu bewahren.

Meß, 15. Januar. (W. T. B.) Auch hier
wurde große Schneemassen niedergegangen. Die
Züge aus Frankfurt treffen mit großen Ver-
spätungen hier ein.

Frankreich.

Paris, 14. Januar. (W. T. B.) Etwa
50 republikanische Deputirte hatten heute Nach-
mittag eine gemeinsame Beratung über die
gegenwärtige Lage und beschloßen, dem Minister-
präsidenten Ribot zur Erwägung mitzutheilen,
daß, bei Aufrechterhaltung der Forderung nach
vollem Licht über die Panama-Angelegenheit, nicht
vergesen werden dürfe, daß das Interesse der Re-
publik eine schnelle Lösung derselben verlange. Die-
jenigen Deputirten, welche keiner der früheren
Kammern angehört haben, konstituirten sich zu
einer besonderen Gruppe.

Paris, 14. Januar. (W. T. B.) Der
boulangeristische Deputirte Aimel beschuldigte in
einem Provinzialblatte Reire, dem Präsidenten
der „Compagnie Atlantique“, seiner Zeit dem
Arbeiten-Minister Yves-Guio 200 000 Francs
für die Einbringung eines Gesetzes über Hafen-
bauten in Pauillac gegeben zu haben. Reire
und Yves-Guio stritten in Folge dessen gegen
Aimel einen Diffamationsprozeß an. Der Deputirte
Palou, Eigenthümer des Blattes „Garde“,
richtete öffentlich eine Anfrage an Ribot, ob es
wahr sei, daß er gleich Nowier von dem Bankier
Blasio Gelder für seinen Geheimfond vorgezogen
erhalten habe.

Paris, 15. Januar. (W. T. B.) Der
hiesige Korrespondent des „Dunester Hirlan“
Seletz ist heute Morgen verhaftet worden. Die
Veranlassung zu seiner Verhaftung haben seine fort-
gesetzten Verleumdungen von mehreren bei der
französischen Republik beglaubigten Gesandten
und seine unwahre Behauptungen über das
Verhalten eines fremden Sonderbots gegenüber
einem französischen Vorkämpfer. In der Wohnung
Seletz's, der wahrscheinlich ausgewiesen wird,
wurde eine Durchsuchung vorgenommen.

Man spricht von weiteren Verhaftungen und
Ausweisungen, welche zwei Korrespondenten deut-
scher und italienischer Zeitungen betreffen würden,
sie sich ähnlicher Vergehen wie Seletz schuldig
gemacht hätten.

Wie berichtet wird, drückte Ribot dem russi-
schen Vorkämpfer v. Morsbrum gegenüber sein
Bedauern aus, daß auch zwei französische Blätter
sich an der Verbreitung jener Verleumdungen be-
theiligt hätten.

Paris, 15. Januar. (W. T. B.) Mehrere
Morgenblätter verschiedener Parteidirectionen be-
schäftigten sich mit dem jüngsten Angriffen auf den
Präsidenten Carnot. Die Angriffe seien zum
Theil durch Carnot selbst veranlaßt, da er durch
eine persönliche Politik sowie durch aktive Theil-
nahme an der Besetzung gewisser Minister und
in der Neubildung der Kabinete sich der durch
seine Verfassung ihm gebotenen Duldung entäußert
habe. Die „Kantone“, welche angeblich zu Fleu-
net Beziehungen unterhält, fordert den Rücktritt
Carnot's. Letzterer sei zwar gewiß nicht der Kor-
ruption verdächtig, aber seine Unterschrift stiehe
auf einem von seinem ehemaligen Kollegen erlan-
gten Gesetzentwurf. Der „Gaulois“ behauptet,
der Minister des Innern hätte gestern an Provinz-
blätter gerichtete Telegramme, welche Angriffe auf
Carnot reproduzirten, inhibirt. Nowier hätte ge-
droht, er würde, wenn die Untersuchung gegen
ihm nicht eingestellt würde, Beweise dafür liefern,
daß auch Ribot Beziehungen zu Blasio unterhalten
habe. Blasio bestie ein Schreiben Ribot's, in
welchem derselbe wegen gefälschter Geldvorschläge
für die Geheimfonds Dank sage.

Paris, 15. Januar. (W. T. B.) Wie
der „Temps“ meldet, hat der französische Bot-
schafter in Wien, Devrais, die über ihn in den
Blättern verbreiteten tendenziösen Meldungen heute

in einem Telegramm an den Minister des Aus-
wärtigen für gänzlich erfunden erklärt.

Paris, 15. Januar. (W. T. B.) Der
Journalist Seletz wurde nach einem jurnari-
schen Verhör durch den Polizeikommissar bis zu
seiner Ausweisung in das Polizeigefängnis ab-
geführt.

Die Gattin des Deputirten Reimach, Tochter
des Barons Reimach, hat dem Vernehmen nach
auf die Erbschaft ihres Vaters verzichtet.

Wie mehrere Blätter melden, haben die in
einem großen Banquett vorzunehmenden Nach-
forschungen ergeben, daß der verhaftete frühere
Deputirte Susselero zur Zeit der Verabreichung des
Gesetzentwurfs über die Panamaloos: 200 000
Francs deponirt habe.

Paris, 15. Januar. (W. T. B.) In
einer zahlreich besuchten Versammlung, welche von
einer Gruppe sozialistischer Deputirten auf gestern
Abend nach dem Tivoli-Bauhall einberufen war,
wanden sich mehrere Redner in bestigter Weise
gegen die Vorgänge in der Panama-Angelegenheit.
Nach längeren Verhandlungen über andere Fra-
gen genehmigte die Versammlung schließlich ein-
stimmig einen Antrag auf Erlass einer allge-
meinen Amnestie.

Paris, 15. Januar. Mit Aufwand
aller Energie suchen die republikanischen Gruppen
des Senats und der Kammer die fortwährenden
Gerüchte, welche bezwecken, den Präsidenten der
Republik in den Panamastand zu verwickeln,
niederzuschlagen. In den Koulours der Kammer
sicher man gestern von fast nichts anderem, als
von der durch die Bureau der republikanischen
Gruppen ernannten Kommission, welche bei Ribot,
dem Ministerpräsidenten, vorstellig wurde, indem
sie denselben ersuchen, die Zeitungsdebatte über
den Präsidenten der Republik im Zusammenhang
mit der Panama-Affaire zum Schweigen zu
bringen. In einer Versammlung, welche die
republikanischen Abgeordneten, gestern Nachmittag
im Palais Bourbon improvisirt, wurde be-
schlossen, eine weitere Delegation zu Ribot zu
entsenden, um mit demselben die Gefahr der augen-
blicklichen Lage zu besprechen. Eine dritte
Delegation suchte den Ministerpräsidenten auf, um
ihm zu Maßregeln gegen die Gerüchte zu veran-
lassen, welche den republikanischen Vorkämpfer mit
dem Panamastand im Zusammenhang bringen.
Ribot antwortete, daß der gegenwärtige Zustand
der Preßfreiheit gegen die Gerüchte
machlos mache; eine Modifikation des Gesetzes
von 1891 sei wenigstens betreffs der diplomatischen
Beziehungen notwendig. Nichtsdestoweniger
wurde er alle Maßregeln zur Unterdrückung
dieser Verleumdungs-Kampagne zur Anwendung
bringen.

Die Untersuchung in der Panamaangelegenheit
hat seit gestern nichts besonderes zu Tage gefördert.
Zu vergleichen ist nur das Gerücht, welches in
den Koulours der Kammer verbreitet wurde, und
welches ich unter allem Vorbehalt gebe, daß
während seines letzten Verhörs Ribot schwer
belastende Aussagen über einen Kollegen
ein einflussreiches Mitglied der Fortschrittspartei
in der Kammer gemacht habe, welche dessen Ver-
haftung als sicher erscheinen lassen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 14. Januar. (W. T. B.) Der
in der Nähe des Forts von Albuemas durch
Maroccaner gefangen genommene Soldat ist in
Folge der Aufforderung der Gouverneure von
Albuemas wieder freigelassen worden.

Großbritannien und Irland.

Die Politik des Herrn Gladstone ist seit
dem Antritt des liberalen Kabinetts noch nicht
über das Vorberathungstadium hinaus gediehen.
Da es vorzunehmbar war, daß er zur Feststellung
seines Regierungsprogramms einer längeren Zeit-
frist bedürfen würde, welche er sich durch Ver-
tagung des Parlaments verschaffte, so hat die
öffentliche Meinung Englands auch noch keinerlei
Zeichen der Ungeduld oder des Mißbilligens
von sich gegeben, vielmehr warten Anhänger und
Gegner geduldig des Augenblicks, da das Glad-
stonische Ministerium in eine kräftige, zielbewußte
Initiative wird eintreten können. Der Wieder-
zukunft des Parlaments erfolgt am 31. d.
Mts. Bis dahin muß also die Regierung mit
sich selbst ins Reine gekommen sein. Inzwischen
hätten die einzelnen Richtungen, aus denen sich
die gouvernementale Unterhausmehrheit zusammen-
setzt, Zeit genug, ihrerseits etwas zur Klärung der
Situation beizutragen. Die Opposition ist ihnen
hierin schon mit gutem Beispiel vorangegangen.
Konservative und Unioniberale haben einen
Fonds von guter Laune und von Hoffnungs-
genügendkeit ins neue Jahr hinübergerettet, der-
gleichen sonst bei Politikern, die im Wahlkampf
den Kürzeren gezogen und die Regierung in der
Opposition haben vertrauen müssen, nicht eben
häufig gefunden wird und sich wohl nur aus der
Ueberzeugung erklärt, daß der gegnerische Triumph
sonderlich imposant — nicht viel über 10 Stim-
men — aber auch das populäre Regiment Lord
Palmerston's war seinerzeit im Parlament nicht
besser gestellt, ebenso verfügte Lord Beaconsfield
selbst über eine Zahl 50 erreichende oder über-
steigende Unterhausmehrheit. Man kann also
nicht behaupten, daß schwache Majoritäten als
solche einen schwachen Punkt der Regierungsauf-
stellung bilden müßten, im Gegentheil zählen die
Kabinete Palmerston und Beaconsfield zu den
stärksten der englischen Parlamentsregierungen
dieses Jahrhunderts — aber freilich einen Vorzug
hatten sie vor der heutigen Gladstonischen Re-
gierung, nämlich den einer kompakten, gleichartigen
Zusammensetzung ihrer Mehrheiten. Warum
sollte eine Regierung, die ihrer Leute im Parla-
ment unter allen Umständen sicher ist, mag sie
auch nur wenige Stimmen über die Hälfte aller
Mitglieder ihrer eigenen Partei, nicht eine Million
im großen Stile führen können? Aber das Mini-
sterium Gladstone hat eben keine festgeliebte, ans
gleichartigen Bestandtheile zusammengeheftete Mehr-
heit hinter sich, sondern ein buntes Mosaik von
einem halben Duzend und mehr verschiedener
Parteidirectionen — Gladstonianer sans phrase,
Labourerianer, Radikale pur-sang, Sozialisten,
Barnellianer, Antiparnellianer und tutti quanti.
Wie Gladstone mit dieser buntheit zusammen-
gehefteten Truppe einen siegreichen Feldzug
führen will, einen Feldzug mit Demeure als
Hauptoperationsobjekt, ist zur Zeit noch kein
Geheimnis. Ein Beispiel von dem Schwächen,
mit denen der Weg des Ministeriums beschit ist,

